

Satzung

EFGAMP e.V.

(Eine englische Version der Satzung befindet sich im Anhang des Dokuments.
An English version of the statute is in the annex of this document)

§ 1 NAME, SITZ UND GESCHÄFTSJAHR

I. Der Verein trägt den Namen "European Federation of Game Archives, Museums and Preservation Projects e.V." (EFGAMP e.V.)

II. Der Sitz des Vereins ist Berlin, Deutschland.

III. Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr; das erste Wirtschaftsjahr ist ein Rumpfwirtschaftsjahr – es beginnt mit der Gründung und endet mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die Gründung erfolgt.

IV. Der Verein wird auf unbestimmte Zeit gegründet. Er kann jederzeit gemäß § 10 dieser Satzung aufgelöst werden.

§ 2 ZWECK

I. Zweck des Vereins ist die Förderung des Erhaltes von digitalen Medien interaktiver Unterhaltung und Information sowie der Inhalte solcher Medien, die öffentliche Verbreitung von Informationen zum Erhalt solcher Medien und Inhalte, die Koordination von internationalen Maßnahmen, die der Erhaltung solcher Medien und Inhalte dienen, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Einrichtungen privater und staatlicher Natur, die mit der Erhaltung dieser Medien und Inhalte befasst sind, die Förderung des Gedanken- und Erfahrungsaustausches betreffend diesen Themenbereich, die Förderung der Entwicklung von geregelten Zugangsmöglichkeiten zu den Medien und Inhalten, sowie ferner die Kontaktpflege zu Behörden, Wirtschaftsverbänden und politischen Organisationen zum Zwecke der Verbesserung der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Öffentlichkeitsarbeit betreffend den Erhalt solcher Medien und Inhalte.

II. Der Verein kann alle Maßnahmen ergreifen und Aktivitäten entfalten, die der Erreichung des Vereinszweckes dienlich sind. Insbesondere ist die Mitgliedschaft in anderen Organisationen sowie die Beteiligung an Unternehmen möglich. Der Verein kann darüber hinaus alle Aktivitäten entfalten, die direkt oder indirekt mit dem Vereinszweck zusammenhängen.

§ 3 GEMEINNÜTZIGKEIT

I. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Die Zwecke des Vereins bestehen in der Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung
- b) Bildung und Erziehung

Forschungsergebnisse sind zeitnah zu veröffentlichen.

Der Verein erfüllt seine Zwecke durch Übernahme der in § 2 genannten Aufgaben.

II. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt in erster Linie nicht eigenwirtschaftliche Zwecke.

III. Die Mittel des Vereins dürfen nur zugunsten des Gesellschaftszweckes eingesetzt werden. Der Verein kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Hilfspersonen im Sinne des § 57 Absatz 1 Satz 2 der AO bedienen, soweit er die Aufgaben nicht selbst wahrnimmt.

IV. Der Verein darf seinen Mitgliedern oder Dritten durch die übermäßige Erstattung von Aufwendungen und Kosten keine Vorteile verschaffen oder Aufwendungen und Kosten erstatten, die nicht im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vereinszweckes entstanden sind.

V. Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zweckes keinerlei Zuwendungen durch den Verein. Im Falle der Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an eine durch die Mitgliederversammlung zu benennende Einrichtung oder Organisation, die die Mittel ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamts ausgeführt werden.

§ 4 MITGLIEDSCHAFT

I. Der Verein hat
Vollmitglieder,
assoziierte Mitglieder und
fördernde Mitglieder.

Jede natürliche Person, juristische Person des privaten und öffentlichen Rechts oder Personenvereinigung, die ihren Wohnsitz oder ihren Sitz in einem der Länder der Europäischen Union haben, kann Mitglied des Vereins werden.
Näheres kann in einer durch die Mitgliederversammlung zu beschließenden Mitgliederordnung geregelt werden.

II. Die Mitgliedschaft in anderen Vereinigungen, Verbänden ist möglich.

III. Eine Mitgliedschaft im Verein kann nur auf Vorschlag eines Mitgliedes begründet werden. Die Mitgliederversammlung entscheidet nach freiem Ermessen über die Aufnahme; sie ist nicht verpflichtet etwaige Ablehnungsgründe bekanntzugeben. Das aufgenommene Mitglied erkennt Satzung und Ordnungen des Vereins sowie die Beschlüsse der Mitgliederversammlung an.

IV. Die Mitgliedschaft endet durch

1. Austritt (§ 4 Abs. V)
2. Tod eines Mitgliedes
3. Auflösung oder Erlöschen einer juristischen Person oder Personenvereinigung
4. Ausschluss (§ 4 Abs. VI)
5. Auflösung des Vereines (§ 10)

Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf Rückgabe bezahlter Beiträge oder sonstiger Leistungen aus dem Vermögen des Vereines.

V. Der Austritt ist nur zum Ende eines Wirtschaftsjahres möglich und muss schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt werden. Die Erklärung muss bis spätestens 30. September eines Jahres beim Verein eingegangen sein, um zum Ende des jeweils laufenden Wirtschaftsjahres wirksam zu werden.

VI. Soweit nach Ansicht eines Mitglieds ein anderes Mitglied in schwerwiegender Weise gegen die Interessen des Vereins handelt, kann es beim Vorstand entsprechende Maßnahmen beantragen. Das nähere regelt eine Mitgliederordnung.

Der Ausschluss eines Mitgliedes durch die Mitgliederversammlung kann erfolgen

1. wenn das Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen oder Umlagen in Rückstand ist, in einer der Mahnungen der Ausschluss angedroht wurde und nach Absendung der zweiten Mahnung ein Monat verstrichen ist;
2. wenn das Mitglied schuldhaft, die Interessen oder das Ansehen des Vereins verletzt;
3. wenn ein Mitglied einen Insolvenzantrag stellt oder über das Vermögen eines Mitglieds das Insolvenzverfahren eröffnet wird
4. aus einem sonstigen wichtigen Grund.

§ 5 FINANZIERUNG

I. Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und öffentlichen Fördermitteln.

II. Das Nähere regelt eine Beitragsordnung, die von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.

III. Durch Vorstandsbeschluss kann in begründeten Einzelfällen von Beiträgen, die in der Beitragsordnung festgelegt werden, vorläufig teilweise oder ganz abgesehen werden bzw. diese reduziert oder kreditiert werden. Die endgültige Entscheidung trifft die nächste Mitgliederversammlung.

§ 6 RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER

I. Die Mitglieder sind berechtigt, die Leistungen des Vereins in Anspruch zu nehmen und nach Maßgabe der vorliegenden Satzung an der Gestaltung des Vereins mitzuwirken, insbesondere

- a) teilzunehmen an Mitgliederversammlungen und den dort stattfindenden Beratungen,
- b) teilzunehmen an Abstimmungen und Wahlen,
- c) Auskünfte zu verlangen über den Verein,
- d) Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung einzureichen,

- e) Anträge zu stellen auf Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung,
- f) eine Abschrift oder Kopie vom Geschäftsbericht,
- g) vom Finanzbericht oder
- h) vom Haushaltsplan für das neue Geschäftsjahr zu erhalten,
- i) Berichte des Vorstandes zu verlangen,
- j) Niederschriften über die Mitgliederversammlung einzusehen sowie
- k) in Fachausschüssen mitzuarbeiten.

Assoziierten und Fördernden Mitgliedern stehen die Rechte b, e, f, g, h und i nicht zu, sofern ihnen diese Rechte nicht auf Grund ihrer Mitgliedschaft in einem Organ des Vereines zustehen.

II. Die Mitglieder sind verpflichtet, die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins zu unterstützen und zu fördern. Sie sind insbesondere dazu verpflichtet, festgesetzte Beiträge und Umlagen zu bezahlen und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung nachzukommen, Änderungen der Anschrift, der Rechtsform, der Inhaber- bzw. Beteiligungsverhältnisse mitzuteilen, Geheimhaltung gegenüber Außenstehenden über interne Vereinsangelegenheiten zu wahren.

§ 7 ORGANE DES VEREINS

Der Verein hat zwei Organe:

1. die Mitgliederversammlung (§ 8)
2. den Vorstand (§ 9)

§ 8 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

I. Die Mitgliederversammlung besteht aus allen Mitgliedern. Sie ist das höchste Entscheidungsorgan des Vereins – sie entscheidet über alle Angelegenheiten, sofern diese nicht durch Gesetz, diese Satzung oder einen Beschluss der Mitgliederversammlung einem Organ des Vereins oder einem Dritten zugewiesen sind. Im Rahmen der Mitgliederversammlung sind ausschließlich Vollmitglieder stimmberechtigt – alle Mitglieder haben ein gleiches Stimmrecht.

II. Es wird mindestens eine ordentliche Mitgliederversammlung pro Jahr abgehalten. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen ab dem auf das Absendedatum folgenden Tag unter Angabe der vom Vorstand vorgeschlagenen Tagesordnung und unter Beifügung der nötigen Informationen einberufen. Die Einladung gilt als zugegangen, wenn sie an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Postadresse gerichtet ist. Eine Übersendung der Einladung per elektronischer Übermittlung (Telefax, E-Mail-Nachricht) ist möglich. Im Falle dieser Übermittlung gilt die Einladung als zugegangen, wenn sie an die letzte dem Verein durch das jeweilige Mitglied schriftlich bekannt gegebene Telefax-Nummer oder E-Mail-Adresse zum Versand gebracht wird.

III. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand dann einzuberufen, wenn er es im Interesse des Vereines für notwendig erachtet oder mindestens 25 % der Mitglieder den Vorstand () darum ersuchen.

IV. Die Mitgliederversammlung muss an dem Tag, Ort und zu der Uhrzeit stattfinden, die in der Einladung angegeben wurden. Anwesende Mitglieder gelten als ordnungsgemäß geladen.

V. Mitgliederversammlungen (ordentliche und außerordentliche) können unter Nutzung elektronischer Hilfsmittel Online abgehalten werden, ohne dass sich die Teilnehmer an einem Ort einfinden. Eine solche Mitgliederversammlung muss mittels eines nur für Mitglieder mit ihren Legitimationsdaten und einem gesonderten Zugangswort zugänglichen virtuellen Raum durchgeführt werden. In diesem Fall wird das jeweils nur für die aktuelle Versammlung gültige Zugangswort mit einer gesonderten E-Mail höchstens 3 Stunden vor der Versammlung bekannt gegeben. Ausreichend ist dabei die ordnungsgemäße Absendung der E-Mail an die letzte dem Verein bekannt gegebene E-Mail-Adresse des jeweiligen Mitglieds. Mitglieder, die über keine E-Mail-Adresse verfügen, erhalten das Zugangswort per Post an die letzte dem Vorstand bekannt gegebene Adresse. Ausreichend ist in diesem Falle der Versand zwei Tage vor der Mitgliederversammlung. Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, ihre Legitimationsdaten und das Zugangswort keinem Dritten zugänglich zu machen und unter strengem Verschluss zu halten.

VI. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens so viele stimmberechtigte Mitglieder anwesend oder durch schriftliche Vollmacht vertreten sind, die mindestens 50 % aller vorhandenen Stimmrechte auf sich vereinigen. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von 4 Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. § 8 Abs. 2 und V. gelten entsprechend. Diese ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vollmitglieder und der auf diese vereinigten Stimmrechte beschlussfähig, worauf in der Einladung hingewiesen werden muss.

VII. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, es sei denn diese Satzung oder die Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung schreibt eine qualifizierte Mehrheit vor. Initiativanträge zur Ergänzung der Tagesordnung bedürfen der Zustimmung von mindestens 25 % der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder. Die Änderung der Satzung und der Ordnung des Vereins bedarf der Zustimmung von mindestens 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder. Die Auflösung des Vereins bedarf der Zustimmung von mindestens 90 % aller Mitglieder.

VIII. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden protokolliert und von zwei Mitgliedern des Vorstandes unterzeichnet. Das Protokoll erhalten alle Mitglieder. Eine Übersendung in elektronischer Form ist ausreichend. Sofern im Rahmen der Mitgliederversammlung nicht ausdrücklich abweichend beschlossen, gilt ein Protokoll als genehmigt, wenn nicht durch ein Mitglied innerhalb einer Frist von vier Wochen nach dem Versand des Protokolls gegen dessen Inhalt Widerspruch erhoben wird. Gibt der Vorstand dem Widerspruch statt, wird das Protokoll berichtigt und die berichtigte Fassung erneut an die Mitglieder versandt – gegen die berichtigte Fassung ist erneuter Widerspruch nur in Bezug auf die erfolgte Berichtigung zulässig. Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen entscheidet hierüber die nächste Mitgliederversammlung abschließend und endgültig.

IX. Jedem Mitglied ist auf Verlangen in der Mitgliederversammlung Auskunft über Angelegenheiten des Vereines zu geben, soweit es zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung erforderlich ist. Die Auskunft wird vom Vorstand erteilt.

Die Auskunft darf verweigert werden, soweit a) die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, dem Verein einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen; b) die Fragen steuerlicher Wertansätze oder die Höhe einzelner Steuern betreffen; c) die Erteilung der Auskunft strafbar wäre oder eine gesetzliche, satzungsmäßige oder vertragliche Geheimhaltungspflicht verletzt würde; d) das Auskunftsverlangen die persönlichen oder die geschäftlichen Verhältnisse eines Dritten betrifft; e) es sich um arbeitsrechtliche Vereinbarungen mit Mitarbeitern des Vereines handelt; f) die Verlesung von Schriftstücken zu einer unzumutbaren Verlängerung der Mitgliederversammlung führen würde.

X. Weiteres kann in einer durch die Mitgliederversammlung zu beschließenden Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung geregelt werden.

§ 9 VORSTAND

I. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereines in eigener Verantwortung gemäß den Vorschriften der Gesetze, dieser Satzung, den Beschlüssen der Mitgliederversammlung sowie den sonstigen Ordnungen des Vereines. Dem Vorstand obliegen die Verwaltung des Vereinvermögens und die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung.

II. Der Vorstand besteht aus drei Personen, die von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden.

Bis zur Neuwahl des Vorstandes bleibt der alte Vorstand im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Zum Zeitpunkt der Wahl in den Vorstand müssen die Vorstandsmitglieder entweder selbst stimmberechtigtes Mitglied des Vereines sein oder für ein stimmberechtigtes Mitglied nicht lediglich in beratender Funktion, tätig sein.

Außer durch Tod und Ablauf der Amtsperiode erlischt das Amt eines Vorstandsmitgliedes mit dem Ausscheiden des stimmberechtigten Mitgliedes, für das er tätig ist, aus dem Verein, seinem eigenen Austritt oder Ausschluss aus dem Verein, durch eine jederzeit mögliche schriftliche Rücktrittserklärung, durch den Widerruf seiner Bestellung als Vorstandsmitglied.

III. Die Vorstandsmitglieder haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Sorgfalt eines ordentlichen gewissenhaften Vereinsleiters anzuwenden. Über vertrauliche Angaben, Geheimnisse, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch die Tätigkeit im Vorstand bekannt geworden sind, haben sie Stillschweigen zu bewahren.

Der Vorstand beschließt mit der Mehrheit seiner satzungsgemäßen Mitglieder. Ist ein Vorstandsmitglied dauernd an der Ausübung seines Amtes gehindert, so ist auf der nächsten Mitgliederversammlung hierfür eine Neuwahl für die restliche Amtszeit anzuberaumen. Ansonsten können die Geschäfte eines verhinderten, ausgeschiedenen, vorläufig entbundenen oder ausgeschlossenen Vorstandsmitgliedes bis zur nächsten Mitgliederversammlung von den restlichen Vorstandsmitgliedern geführt werden.

IV. Der Verein wird durch zwei Vorstandsmitglieder gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Der Vorstand kann Aufgaben auf eines der Mitglieder, einen Ausschluss oder eine andere Person übertragen.

V. Die Vorstandsmitglieder sowie vom Vorstand beauftragte Personen mit Ausnahme der hauptamtlich für den Verein tätigen Personen sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig; sie haben Anspruch auf Erstattung der nachzuweisenden notwendigen Reisekosten und Auslagen.

VI. Der Widerruf der Bestellung zum Vorstandsmitglied hat gleichzeitig die Aufhebung der Organstellung zur Folge.

VII. Weitere Einzelheiten können durch eine durch die Mitgliederversammlung zu beschließende Geschäftsordnung des Vorstandes geregelt werden.

§ 10 AUFLÖSEN DES VEREINS UND LIQUIDATION

I. Auf Beschluss des Vorstandes oder mindestens zwei stimmberechtigter Mitglieder kann ein Antrag auf Auflösung des Vereins gestellt werden.

II. Die Liquidation des Vereins obliegt dem zum Zeitpunkt des Auflösungsbeschlusses im Amt befindlichen Vorstand. § 9 IV Satz 2 gilt entsprechend.

III. Die vorstehenden Regelungen geltend entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 11 INKRAFTTRETEN

Die Satzung und Satzungsänderungen treten mit Beschlussfassung in Kraft.

§ 12 UNWIRKSAMKEIT VON KLAUSELN

Sollte eine der vorgenannten Klauseln unwirksam sein, so soll dies keine Auswirkungen auf die übrigen Klauseln haben. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat die unwirksame durch eine wirksame Klausel zu ersetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt die unwirksame Klausel als suspendiert.

§ 13 REDAKTIONELLE ÄNDERUNGEN

Der Vorstand ist für die Dauer des Eintragungsverfahrens vor dem Registergericht berechtigt, redaktionelle Änderungen des Wortlautes der beschlossenen Satzungsänderungen zu tätigen, sofern diese Änderungen notwendig sind, um eine Eintragung der beschlossenen Satzung oder ihrer Änderung zu erlangen; die Änderung des Wortlautes darf jedoch nicht den Sinn des beschlossenen Wortlautes verändern oder dem erklärten Willen der Mitgliederversammlung widersprechen. Von der beabsichtigten Änderung sind alle Mitglieder schriftlich zu unterrichten. Die

Änderung darf gegenüber dem Registergericht nicht in einer kürzeren Frist als 14 Tage seit der Unterrichtung der Mitglieder erfolgen.

Soweit für die Eintragung durch das Registergericht Änderungen der Satzung erforderlich sind, die sich nicht aus dem beschlossenen Wortlaut ergeben, so kann der Vorstand einen Änderungsvorschlag schriftlich unterbreiten und über diesen Änderungsvorschlag im schriftlichen Umlaufverfahren abgestimmt werden.

Articles of Association EFGAMP e.V.

§ 1 NAME, REGISTERED OFFICE, FISCAL YEAR

I. These are the Statutes of an registered association founded under German law with the name „European Federation of Game Archives, Museums and Preservation Projects e.V. (EFGAMP e.V.)“ – hereinafter called “Association”.

II. The registered office of the Association is Berlin, Germany.

III. The fiscal year of the Association is the calendar year. The first fiscal year of the Association starts with the foundation and ends at the end of the calendar year in which the foundation takes place.

IV. Without prejudice of article 10, the Association is constituted for an undetermined duration.

§ 2 PURPOSE OF THE ASSOCIATION

I. The Purpose of the Association is the facilitation of the preservation of the heritage of interactive entertainment und information media and content, the facilitation of public access to such media and content, the gathering and circulation of knowledge concerning preservation of such media and content, the coordination of international activities with the aim of preservation of such media and content, the support of collaboration of international organisations of private and governmental nature acting in this field, the facilitation of knowledge and experience exchange, the contact to governmental and political institutions with the aim to improve the political, legal and economical framework and public relation concerning the preservation of such media and content.

II. The Association shall be able to carry out all activities suitable to support and achieve the Purpose of the Association directly or indirectly or standing in direct or indirect connection with the Purpose. The Association may be a member in other organisations and obtain shares in other enterprises.

§ 3 COMMON PUBLIC INTEREST

I. The Association is in complying with the aforesaid Purpose exclusively and directly acting in common public interest as defined in the German General Fiscal Law. The common public interest is carried out in supporting

- a) science and research
- b) education.

Research results have to be published as soon as possible.

II. The Purpose of the Association is altruistic and non-profit-making.

III. Funds of the Associations shall only be used in order to support and achieve the Purpose. The Association might use the help of third parties in the sense of Art. 57 German General Fiscal Law.

IV. The Association shall not pay any immoderate refunds or refunds not directly linked to the Purpose to members or any third parties.

V. In case of liquidation of the Association or discontinuation of its beneficial tax status members shall not receive any payments or refunds. As part of the liquidation process the General Assembly shall nominate an organisation acting in common public interest that the remaining assets of the Association shall be transferred to in order to be used for common public interests only. Any decisions of the General Assembly concerning the further usage of assets should only be taken in consent with the responsible fiscal authorities.

§ 4 MEMBERSHIP

I. The Association shall have
Effective Members
Associated Members and
Supporting Members

Any person or organisation with place of residence or registered office within the European Union might be a member of the Association.

Further regulations concerning membership shall be set out by the General Assembly.

II. The Association may be a member of other organisations.

III. Membership in the Association shall only be granted by recommendation of an existing member. The acceptance of a new member needs a decision of the General Assembly; there is no obligation to reason any non-acceptance. Any new member is obliged to accept the Articles of Association any further regulations given to the Association by the General Assembly.

IV. The membership ends in case of

1. withdrawal of the member (§ 4 Sec. V)
2. death of a person
3. liquidation or expiration of an organisation
4. expulsion (§ 4 Sec. VI)
5. liquidation of the Association (§ 10)

Members leaving or expelled shall not receive any refunds of contributions paid or assets of the Association.

V. The withdrawal of a membership is only possible at the end of a fiscal year. The withdrawal needs to be declared by written notice towards the Board of Directors at the latest on September 30th of the financial year which precedes the withdrawal.

VI. If a member has acted profoundly against the interests of the Association another member may apply for actions against such member towards the Board of Directors. Further regulations concerning such actions shall be set out by the General Assembly.

The expulsion of a member may be decided by the General Assembly

1. if a member in spite of two written reminders has not paid the membership fee due and the expulsion has been threatened in one of such reminders and a period of one month has expired after sending the second written reminder.
2. if a member contravenes culpably against the interest of the Association.
3. if a member gets insolvent.
4. because of another important reason.

§ 5 FINANCE

I. The Association may obtain funds out of membership fees, donations and subsidies.

II. Further regulations concerning membership fees shall be set out by the General Assembly.

III. Reduction or indulgence of membership fees may be granted by the Board of Directors in well-founded cases. Such decision needs acknowledgement of the General Assembly.

§ 6 RIGHTS AND OBLIGATIONS OF MEMBERS

I. All members have the right to benefit from the work of the Association and to participate in the work of the Association within the framework set out in these Articles of Association.

Members have, among others the following rights:

- a) to participate in the General Assembly
- b) to participate in votes and elections
- c) to apply for information concerning the Association
- d) to apply for topics on the agenda of the General Assembly
- e) to apply for the call of an extraordinary General Assembly
- f) to receive a copy of the annual report
- g) to receive a copy of the financial report
- h) to receive a copy of the budget
- i) to receive reports from the Board of Directors
- j) to receive access to the minutes of the General Assembly
- k) to work in commissions of the Association

The rights set out before under b), e), f), g), h) and i) do not apply for Associated Members and Supporting Members provided that such rights are not entitled to them due to their membership in an institution of the Association.

II. Members are obliged to support the purpose of the Association set out in these Articles of Association. Members are obliged to pay the membership fee set out by

the Association, to follow decisions of the General Assembly, to notify the Association about changes in membership data and keep all information concerning the Association confidential.

§ 7 INSTITUTIONS

The Association has got two institutions:

1. the General Assembly (§ 8)
2. the Board of Directors (§ 9)

§ 8 GENERAL ASSEMBLY

I. The General Assembly consists of all members and is the superior decision institution of the Association. The General Assembly has the full powers that allow the fulfilment of the purpose of the Association as long as such powers are not delegated to other institutions, individuals or third parties by law, this Articles of Association or decision of the General Assembly. Voting rights within the General Assembly are limited to Effective Members – all Effective Members have got identical voting rights.

II. The General Assembly meets at least once a year and is called by invitation through the Board of Directors at a term of four weeks in advance of the date starting with the day following the dispatch of the invitation of the General Assembly at the latest. The agenda and necessary information shall be part of the invitation. The invitation shall be deemed to be correctly received by a member if it has been sent to the last address making known to the Association by the member. A dispatch of the invitation by electronic means (facsimile, e-mail) is possible. In such case the invitation is deemed to be correctly received by a member if it has been sent to the last facsimile number or e-mail-address making known to the Association by the member in a written form.

III. Moreover, upon request of a minimum of 25% of the members or if accounted to be necessary in the interest of the Association by the Board of Directors an extraordinary meeting of the General Assembly shall be called.

IV. The General Assembly shall take place at the day, time and venue mentioned in the invitation. Members present are deemed to be invited properly.

V. A General Assembly may be held electronically without the need for members to assemble at one place. Such online General Assembly shall take place within a virtual environment accessible for members only by using individual identification data as well as an individual access password only valid for the relevant General Assembly. Such password shall be dispatched to the members with separate e-mail not earlier than three hours in advance of the time set for the General Assembly to begin. To members not able to receive an e-mail such password shall be sent to by post to be dispatched two days in advance of the day the General Assembly has been scheduled. The dispatch of the password is deemed correct if the e-mail is send to the last e-mail address or if the letter including such password is send to the last post address notified by the member to the Association. All members are obliged not

to make their identification data and the password available to any third party and keep these information strictly confidential.

VI. A General Assembly shall only be able to take binding decisions if a minimum of 50 % of all eligible voters are present or represented by a written authorisation.

A General Assembly not reaching such quorum shall be called again by the Board of Directors within a period not longer than four weeks. For the invitation to such recall of a General Assembly § 8 Sec. 2 and 8 of these Articles of Association shall apply. If indicated in the invitation, such recalled General Assembly will be able to take binding decisions irrespective of the number of eligible voters present or represented.

VII. Except to any provision to the contrary mentioned in these Articles of Association, decisions shall be taken by the simple majority of the present or represented members.

Applications to add topics to the agenda need a majority of 25% of the present or represented members.

Changes of these Articles of Association and further regulations given by the General Assembly within the framework of these Articles of Association need a majority of 75% of the present or represented members.

The decision to liquidate the Association needs a majority of 90 % of the present or represented members.

VIII. Decisions of the General Assembly shall be minuted and the minutes shall be signed by two members of the Board of Directors. The minutes shall be dispatched to all members, at least electronically.

The minutes are deemed to be declared correct by the members if no application for correction has been made within a period of four weeks after the dispatch of the minutes. If the Board of Directors sustains the application for correction the corrected version of the minutes is dispatched to the members again. Further applies for corrections are only permissible to the extent that the correction itself is concerned. If the Board of Directors does not correct the minutes the next General Assembly will take the last and binding decision.

IX. Within the General Assembly, each member – on request – shall be granted information concerning affairs of the Association that are necessary to decide on the topics of the agenda. The information shall be given by the Board of Directors.

The requested information may be refused if such information

- a) is able to harm the interest of the Association in a substantial manner.
- b) relates to tax valuation or the amount of individual taxes.
- c) is infringes the duty to observe secrecy stated by law, the Articles of Association or contract with a third party.
- d) concerns private or business affairs of a third party.
- e) concerns employment contracts between the Association and a third party.
- f) results in reading aloud of long papers and therefore leads to an unreasonable extension of the General Assembly.

X. Further regulations concerning the General Assembly may be determined by decision of the General Assembly.

§ 9 BOARD OF DIRECTORS

I. The Board of Directors has the power of administration and direction of the Association as stipulated by law, the Articles of Association and the regulations given and decisions taken by the General Assembly. The Board of Directors is obliged to administrate the funds of the Association and to carry out decisions of the General Assembly.

II. The Board of Directors consists of three individuals elected by the General Assembly for the duration of two years.

The existing Board of Directors stays functional until new members are elected. Re-election of members of the Board of Directors is possible. At the time on election a member of the Board of Directors shall be an Effective Member of the Association or shall be employed by an Effective Member of the Association.

The function as a member of the Board of Directors of an individual expires with the death of the individual, expiration of the election period, withdrawal of the membership of the individual or the member the individual is employed by, expulsion of the individual or the member the individual is employed by, written resignation or revocation of the appointment as a member of the Board of Directors.

III. The members of the Board of Directors shall carry out their obligations with best endeavours of an assiduous and accurate head of an association. Confidential information about the Association the members of the Board of Directors become acquainted with in execution of their function shall be kept strictly secret. Decisions of the Board of Directors shall be taken by majority vote of the members elected to the Board of Directors.

If a member of the Board of Directors is permanently detained to act as such a replacement shall be elected at the next General Assembly for the rest of the term by the remaining members of the Board of Directors. The obligation of a member of the Board of Directors who is permanently detained, retired, temporarily dismissed or suspended can be carried out by the remaining members of the Board of Directors until the next General Assembly.

IV. The Association can be represented legally by two members of the Board of Directors.

The Board of Directors can delegate obligations to members, commissions or third parties.

V. The members of the Board of Directors and individuals to whom obligations have been delegated - unless contractually employed by the Association - work in a honorary capacity. They are only entitled to refunding of necessary travelling costs and expenses from the Association.

VI. Dismissing a member of the Board of Directors has the effect of elimination of that individual as part of the institution of the Association.

VII. Further regulations concerning the Board of Directors may be determined by decision of the General Assembly.

§ 10 LIQUIDATION

I. An application to the General Assembly to liquidate the Association needs the resolution of the Board of Directors or a minimum of two Effective Members.

II. Liquidation procedures have to be executed by the Board of Directors elected at the time. § 9 Sec. IV applies accordingly.

III. The regulations concerning liquidation apply accordingly in case of cancellation of the Association for other reasons or because of loss of legal capacity.

§ 11 LEGAL VALIDITY

These Articles of Association are coming into effect with the resolution of the members.

§ 12 INVADILITY OF SINGLE CLAUSES

The invalidity of single clauses shall not affect the validity of these Articles of Association in total. Until replacement of the invalid clause by the General Assembly the invalid clause shall be suspended.

§ 13 CHANGES DURING REGISTRATION

The Board of Directors is entitled to execute editorial changes to these Articles of Association during the registering process at the responsible court which are necessary to register the Articles of Association or changes hereof. The change in the wording shall by no means include an alteration of the meaning of the wording or the decision of the General Assembly. All members shall be notified about the alteration in writing. The alteration shall not be send to the register court less than 14 days after the notification of the members. Should there be any changes necessary to register the Articles of Association which are not only of an editorial nature the Board of Directors is entitled to submit a proposal to the members. The decision about such proposal may be taken within a circulation procedure.